



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Hamburg-Mitte
Bezirksversammlung

Antrag öffentlich PIRATEN-Fraktion	Drucksachen-Nr.: XX/4545.2 Datum: 19.12.2013
--	---

Beratungsfolge		
	Gremium	Datum
Öffentlich	Umweltausschuss	

**Fernwärmeerzeugungsanlagen im Bezirk Hamburg-Mitte
Umsetzung des Volksentscheides
hier: Von der Bezirksversammlung beschlossene Fassung vom 19.12.2013**

Sachverhalt:

Im Rahmen des Volksentscheides zur Rekommunalisierung des Energienetzes ergeben sich neue Ausgangslagen für die Fernwärmeversorgung der Stadt Hamburg und damit auch des Bezirks Mitte. Mit dem Volksentscheid verknüpft ist eine Neuordnung der Fernwärmeversorgung Hamburgs. Der Senat wurde von der Bevölkerung aufgefordert, das gesamte ehemalige HEW-Fernwärmesystem zurück in städtische Hand zu nehmen. Dies versorgt ca. 80% der privaten Fernwärmehaushalte Hamburgs.

Mit dem KoKW Wedel ist eine zentrale Versorgungsquelle für die Fernwärme im Bezirk Mitte in absehbarer Zeit abgängig. Das bisher von Vattenfall als Ersatz geplante GuD Kraftwerk wird als Ergebnis des Volksentscheides aller Voraussicht nach nicht mehr weiter geplant werden, da Vattenfall mit dem absehbaren Entzug des Wärmenetzes die wirtschaftliche Grundlage fehlt. Die Stadt HH selbst wird das GuD nicht bauen, da es dafür kein öffentliches Ausschreibungsverfahren gab.

Die Politik des Bezirks Mitte ist daher aufgefordert, sich frühzeitig um die Gewährleistung der Versorgung der im Bezirk lebenden Fernwärmekunden Gedanken zu machen und Einfluss auf die künftige Versorgungsstruktur zu nehmen.

Die letzte bekannte, umfassende Studie ist das von der BSU 2012 in Auftrag gegebene Basisgutachten zum Masterplan Klimaschutz:

http://www.arrhenius.de/uploads/media/arrhenius_Masterplan_Klimaschutz_Hamburg_akualisiert_Stand_Nov2010.pdf

Bei der Fernwärme kommt das Gutachten zum Schluss: „Die [...] zweckmäßigste Möglichkeit ist, das Fernwärmenetz in Subnetze zu zerlegen.“ S. 74

Auch das im Auftrag der Initiative „Unser Hamburg, unser Netz“ am 6.9.2013 von der renommierten Beratungsgesellschaft LBD erstellte Gutachten „Rekommunalisierung der Hamburger Fernwärmeversorgung - Ökonomischer und ökologischer Nutzen für Hamburg“ http://unser-netz-hamburg.de/wp-content/uploads/144px_Gutachten_LBD_Fernwaerme-Hamburg_2013_09_06.pdf

kommt auf S. 63 zu folgendem Ergebnis:

Ausgehend von einer hydraulischen Analyse des Fernwärmenetzes wäre es sinnvoll, Versorgungsgebiete zu identifizieren, in denen auf der Grundlage der vorhandenen Abnahme- und Verteilstruktur eine Vorlauftemperaturabsenkung möglich ist.

Diese Versorgungsgebiete sollten zusammenhängende Netzteile darstellen, die möglichst keine nachgelagerten Gebiete versorgen. Die Übergabestationen bei den Endkunden müssten dann auf die geringere Temperatur in diesem Gebiet umgestellt werden. Dies sollte bei der üblichen Gebäudebeschaffenheit und den üblichen Heizflächen im Regelfall ohne größere Probleme möglich sein.

Ergebnis wäre dann ein primäres Fernwärmenetz zur Versorgung aller Stadtteile und jeweils sekundäre Netze zur örtlichen Versorgung mit geringeren Systemtemperaturen.

Zur Versorgungssicherheit kann eine Vielzahl von Kraftwerken mit diversifizierten Einsatzstoffen erheblich beitragen. Ein Mix aus Gas, Biomassenutzung, Geothermie und weiteren Wärmelieferanten (z.B. Solarthermie) stellt eine Daseinsvorsorge her, die als System wesentlich unanfälliger gegenüber Störungen (Unfall, Anschlag, Energierohstoffversorgung) ist, als ein einzelnes Kraftwerk. Ein sukzessiver Umbau des Systems, der Innovation und minimierte Emissionswerte frühzeitig aufgreifen kann, wird ebenfalls erleichtert.

Ein im Zugang technisch vereinfachtes und rechtlich geregeltes Fernwärmenetz erlaubt Wettbewerb im Fernwärmemarkt, was zu Kostensenkungen bei den Bewohnern des Bezirks und Einsparungen im Hamburger Gesamthaushalt u.a. über verringerte ALG II Leistungen führt.

Potentielle Standorte für dezentrale Erzeugungsanlagen können zur qualifizierten Weiterentwicklung einer umfassenden Umgestaltung der Energieversorgung Hamburgs, insbesondere für den Umbau des Fernwärmenetzes auf ein Temperaturniveau unterhalb 100°C genutzt werden.

Als Beispiel einer dezentralen Lösung vor Ort kann das Eon Kraftwerk Neuenfelde gelten. Diese Anlage hat ca. 14 Megawatt (MW) Heizleistung (nur 1 MW Strom) gemäß Pressemitteilung Eon [http://www.eon-hanse-waerme.com/unternehmen/presse/pressedetails.html?tx_ttnews\[tt_news\]=29](http://www.eon-hanse-waerme.com/unternehmen/presse/pressedetails.html?tx_ttnews[tt_news]=29)

Neben den Verfassern der oben genannten Studien gibt es praktische Erkenntnisse von in Hamburg aktiven Wärmeversorgern (HH Energie, Lichtblick, Dalkia, E.ON, etc) und der Forschung (z.B. das CC4E an der HAW). In München wurde innerhalb der letzten Jahre ein Hochtemperatur Fernwärmenetz z.T. auf eine kleinteilige Versorgung umgebaut. Die Münchner Verwaltung kann vermutlich Kriterien und Erfahrung zur Umsetzbarkeit der Ziele des Volksentscheides beitragen.

<http://www.swm.de/privatkunden/m-fernwaerme/dampfnetzumstellung.html>

Petition/Beschluss:

Die BSU möge überprüfen, ob und ggf. wo innerhalb des Bezirks Mitte Liegenschaften oder Grundstücke vorhanden sind, auf denen ein Beitrag zur verteilten Fernwärmeerzeugung gemäß den obigen Gutachten und Erfahrungen geleistet werden könnte.

Eine Diskussion mit der Fachbehörde im Umweltausschuss wird angeregt.

Zu ermitteln wäre sowohl die Beschaffenheit der Einspeisemöglichkeit von Fernwärme an den potentiellen Standorten als auch die Beschaffenheit der Grundstücke bzw. Liegenschaften und dort geltendes Planungsrecht. Die planungsrechtliche Schwierigkeit ist zu bewerten. Mögliche Standorte sind aus Sicht der Antragssteller alte Schutzbunker, Betriebshöfe, vorbelastete Grundstücke in Industrie- bzw. Gewerbegebieten entlang von viel befahrenen Straßen, Bahngelände oder ähnliche Gebiete. Auch feste oder schwimmende Anlagen, die im Rahmen der Initiativen zur Landstromversorgung der Schifffahrt eingesetzt werden können, sollten in die Betrachtung einbezogen werden. Sofern zutreffend sind bereits aktive und ggf. einzubindende, gewerbliche Wärmequellen als Standorte mit anzuführen.

Die möglichen, qualifizierten Standorte innerhalb unseres Bezirks mögen als Liste mit entsprechenden Erläuterungen dem Umweltausschuss zur weiteren Evaluierung übermittelt werden.